

Pressemitteilung vom 15.10.2010

SPD-Arbeitskreis Polizei spricht sich gegen eine Heimatschutzpflicht aus

Der Vorschlag von Innenminister Uwe Schünemann, aus der Wehrpflicht eine Heimatschutzpflicht zu machen, stößt beim Arbeitskreis Polizei des SPD-Bezirks Braunschweig auf harte Kritik. Klaus-Peter Bachmann sieht in den Bestrebungen eine unzulässige Vermischung von Polizei- und Bundeswehraufgaben im Inland. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion will freiwillige Dienste fördern.

Mit der vom Bundesverteidigungsminister angestrebten Bundeswehrreform steht die Wehrpflicht in Deutschland endgültig vor dem Aus. Schon jetzt treten immer weniger junge Männer zum Dienst bei den Streitkräften an. Ein großes, teures Heer von Wehrpflichtigen wird angesichts der heutigen internationalen Herausforderungen bei der Bundeswehr nicht gebraucht. "Zuletzt sank die Zahl der eingezogenen Wehrpflichtigen so dramatisch, dass von Wehrgerechtigkeit keine Rede mehr sein kann", erklärte Klaus-Peter Bachmann bei einer Sitzung des Arbeitskreises in dieser Woche. Während ein kleiner Anteil junger Leute den Dienst für das Vaterland ableiste, mache sich die Mehrheit im Rahmen einer Ausbildung oder eines Studiums zügig auf den Weg ins zivile Berufsleben.

Die Problematik in Sachen Wehrgerechtigkeit hat jetzt offenbar auch der Niedersächsische Innenminister erkannt. Nach dem Heimatschutzkonzept von Schünemann sollen junge Männer künftig verpflichtet werden, einen Pflichtdienst wahlweise bei der Bundeswehr, Bundespolizei oder bei Zivilschutzorganisationen abzuleisten. Personelle Engpässe könnten so bei Großschadenslagen im Bundesgebiet überbrückt werden. "Verfassungsrechtlich begibt sich Schünemann damit auf dünnes Eis", kommentiert Klaus-Peter Bachmann das Konzept des Ministers. "Mit dem Heimatschutzkonzept würden Aufgaben der Polizei und der Bundeswehr unzulässig vermischt werden", warnt der innenpolitische Sprecher. Damit wolle Schünemann offenbar der Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inland neuen Schub geben, vermutet Bachmann.

"Die SPD-Landtagsfraktion wird Schünemanns Pläne ablehnen", kündigt Klaus-Peter Bachmann an, "denn wir setzen zukünftig auf Freiwilligendienste." Der Braunschweiger Landtagsabgeordnete fordert, dass Bund und Länder die Angebote für ein freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) und ein freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) deutlich ausbauen müssen. Darüber hinaus fordert er, dass es jungen Leuten auch ermöglicht werden sollte, ein FSJ bei der Feuerwehr zu machen. Das sei bislang nicht vorgesehen.

Der Aussage Schünemanns, dass Sicherheitspolitik nicht nach Kassenlage gemacht werden dürfe, stimmt der innenpolitische Sprecher der SPD zu. Allerdings halte sich der CDU-Innenminister nicht an seine eigene Aussage: "Schünemann kürzt an allen Ecken und Enden bei der Niedersächsischen Polizei die Gelder." Nachdem er in der Vergangenheit ersatzweise eine Hilfspolizei einrichten wollte, bestehe sein neues Ziel offenbar in der Schaffung einer Heimatschutztruppe. "Eine solche Politik nach Kassenlage wird bei uns auf heftigen Widerstand treffen", kündigt Klaus-Peter Bachmann an.